

## INHALT

1. Günther attackiert Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Halbzeitbilanz
2. Flüchtlingspolitik: Hohe Wellen um CDU-Antrag
3. CDU Deutschland schafft Bundesfachausschuss für Innenpolitik

12.11.2014

### Günther attackiert Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Halbzeitbilanz „Albigs Regierungserklärung ist reine Schönfärberei“



Bereits die von Ministerpräsident Torsten Albig für seine Regierungserklärung angemeldete Redezeit von 40 Minuten hatte in Landeshauskreisen für Kopfschütteln gesorgt – nach 53 Minuten beendete Albig seinen heutigen Vortrag unter der Überschrift „Zweieinhalb Jahre Rot-Grün-Blau – Erfolgreiche Arbeit für unser Land“.

„Als ich den Titel Ihrer Rede las, dachte ich, der wird doch nicht ernsthaft nur Bilanz ziehen. Doch er wird“, erklärte CDU-Fraktionschef Daniel Günther. Albig male sich seine Bilanz schön. Die Regierungserklärung sei reine Vergangenheitsbewältigung gewesen, zu den Herausforderungen der Zukunft habe er nichts gesagt. Ohne jede Selbstkritik habe Albig nur Bausteine aneinandergereiht, ohne klare Prioritäten zu setzen.

Die tatsächliche Bewertung der Regierungsarbeit hätten die Menschen in Schleswig-Holstein längst vorgenommen. Albigs Werte als Ministerpräsident in der NDR-Umfrage seien unterirdisch! „Das ist Ihre Quittung für zweieinhalb Jahre verfehlte Politik!“, so Günther. SPD, Grüne und SSW hätten aus den hervorragenden Steuereinnahmen nichts gemacht. Die Investitionsquote sei heute so niedrig, wie nie zuvor. Die Mittel für den Unterhalt der

Landesstraßen reichten nicht einmal aus, um den derzeitigen maroden Zustand auch nur zu halten. Der Breitbandausbau sei im Vergleich zur Vorgängerregierung nach hinten verschoben worden. Und den Hochschulen enthalte die Landesregierung die vom Bund zur Verfügung gestellten BaFöG-Mittel vor.

„Schleswig-Holstein braucht eine Regierung, die Prioritäten richtig setzt. Die Wahrheit ist doch: Sie haben keinen blassen Schimmer, wie Sie Ihr angebliches Lieblingsland entwickeln wollen. Ihr Problem ist: Sie interessieren sich weder für das Land noch für die Menschen. Sie interessieren sich nur für sich selbst“, so Günther.

Link zur Rede des CDU-Fraktionsführers:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/aktuelles/top\\_4661.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/aktuelles/top_4661.html)

---

### **Flüchtlingspolitik: Hohe Wellen um CDU-Antrag SPD, Grüne und SSW weichen sachlicher Debatte aus**



Astrid Damerow, flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

In der heutigen Debatte über die Flüchtlingspolitik ging es um einen Antrag der CDU Fraktion, der unter anderem ein Konzept zur frühzeitigen Integration minderjähriger Flüchtlinge und Asylbewerber in den Schulalltag forderte. „Die Landesregierung hat in diesem Schuljahr gerade eine Dreiviertel-Deutschlehrerstelle mehr zur Verfügung gestellt, als im Vorjahr. Dabei hat sich die Zahl der Schüler im gleichen Zeitraum verdoppelt“, bemängelte CDU-Flüchtlingspolitikerin Astrid Damerow. Genauso wichtig sei, dass diese Lehrkräfte mit den besonderen Bedürfnissen der zum Teil stark traumatisierten Kinder umgehen könnten.

Angesichts der Konzeptlosigkeit der Landesregierung kämen die Kommunen mittlerweile an die Überlastungsgrenze. Durch diese Nachlässigkeit gefährde die Landesregierung die Akzeptanz der Menschen und spiele damit rechtsradikalen Kräften in die Hand.

Die CDU-Abgeordnete warf der Albig-Regierung vor, viel zu spät und nur auf Druck zu reagieren. Bis heute sei die mehr als ein Jahr alte Forderung des Landtages nach einem gemeinsamen Konzept mit den Gemeinden nicht umgesetzt worden. Nötig sei endlich eine ehrliche Debatte über die Erfordernisse der Flüchtlingspolitik.

Die CDU begrüße die deutliche Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. „Ob dies ausreicht, um die Asylverfahren zu verkürzen, wird die Zukunft zeigen. Menschen, die vor Misshandlung, Verfolgung und Tod fliehen, müssen bei uns

Schutz und Hilfe finden. Das schaffen wir aber nur, wenn wir diejenigen sind, die nach geltender Rechtslage Ausreisepflichtige auch konsequent zurückführen, wenn sie das Land nicht freiwillig verlassen“, so Damerow.

Dazu gehöre auch, stärker gegen die auch in Schleswig-Holstein zunehmenden Schleusungen vorzugehen. Dafür sei ein konsequenter Einsatz aller verfügbaren Kräfte – sowohl innerhalb Europas, als auch an den Außengrenzen. „Schleuser sind keine Wohltäter! Schleuser sind kriminell! Mit falschen Versprechungen bringen sie Menschen um Hab und Gut. Sie nutzen deren Situation aus und spielen mit falschen Hoffnungen. Und sie nehmen den Tod vieler Menschen in Kauf“, erklärte Damerow.

Mit der Behauptung, es gehe der Union nur um die Forderung nach mehr Abschiebungen, versuchten die Regierungsfractionen, der Debatte auszuweichen. Den Ton hatte am morgen bereits Ministerpräsident Torsten Albig in seiner Regierungserklärung vorgegeben. Er suggerierte, die CDU fordere die Ausweisung von Menschen, die vor Tod und Verfolgung beispielsweise aus Syrien nach Schleswig-Holstein fliehen würden. Die Grüne Eka von Kalben zeigte sich „entsetzt“ darüber, dass die CDU „Ressentiments aus dem letzten Jahrhundert“ bediene.

CDU-Fraktionschef Günther konterte. Der CDU-Antrag setze nichts anderes um, als die auch vom Grünen Ministerpräsident Kretschmann mit beschlossene Flüchtlingspolitik. Es gehe darum, dass für Flüchtlinge aus als sicher eingestuften Drittstaaten das beschleunigte Asylverfahren Anwendung findet. In diese Kategorie fallen beispielsweise die jüngst aufgenommenen Balkanländer. „Sie wollen nicht allen Ernstes die Not der Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak - die wirklich vor Tod und Verfolgung fliehen, deren Angehörigen zum Teil grausam der Kopf abgeschnitten wurde - mit den Motiven der Menschen von EU-Beitrittskandidaten auf eine Stufe stellen, oder?“

---

## **CDU Deutschland schafft Bundesfachausschuss für Innenpolitik Petra Nicolaisen in 50-köpfigen Ausschuss gewählt**



Petra Nicolaisen, kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

In den neu konstituierten Bundesfachausschuss Innenpolitik der CDU Deutschlands wurde auch die kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, gewählt. In dem Ausschuss, der vom hessischen Minister für Inneres und Sport, Peter Beuth, geleitet wird, beschäftigen sich die CDU-Politiker unter anderem mit den Themen der inneren Sicherheit und der konsequenten Kriminalitätsbekämpfung. Auch der

Kampf gegen terroristische Gewalt und Radikalisierung steht auf der Agenda. Ebenso stellen sich die Innenexperten den Fragen im Bereich der Asylpolitik.

Auf Anraten der Schleswig-Holsteinischen Landtagsabgeordneten, Petra Nicolaisen, wurden auch die kommunalpolitischen Themenfelder wie Katastrophenschutz und Feuerwehr in die Aufgabenbereiche des Fachausschusses aufgenommen. „Die Hälfte der Mitglieder unseres Ausschusses stammt aus der Kommunalpolitik. Die Einflüsse aus Kommunal- Landes und Bundespolitik werden uns für die Zukunft zu innenpolitischen Themen eine breit gefächerte Kompetenz bieten“, ist sich Petra Nicolaisen sicher.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)